

**Beschlußempfehlung und Bericht**  
**des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Duve, Bindig, Brück, Klose, Frau Huber, Neumann (Bramsche), Verheugen, Voigt (Frankfurt), Waltemathe, Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**  
**— Drucksache 10/5973 —**

**13 Jahre Diktatur in Chile**

**in Verbindung mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Antrag der Abgeordneten Duve, Bindig, Brück, Klose, Frau Huber, Neumann (Bramsche), Verheugen, Voigt (Frankfurt), Waltemathe, Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**  
**— Drucksache 10/6048 —**

**13 Jahre Diktatur in Chile**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 10/5987 —**

**Akute Hilfsmaßnahmen für bedrohte Oppositionelle in Chile**

**in Verbindung mit dem Änderungsantrag des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN zum Antrag des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 10/6054 —**

**Akute Hilfsmaßnahmen für bedrohte Oppositionelle in Chile**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**  
**— Drucksache 10/6039 —**

**Verschärfung der Lage in Chile**

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Abgeordneten Duve, Bindig, Brück, Klose, Frau Huber, Neumann (Bramsche), Verheugen, Voigt (Frankfurt), Waltemathe, Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD in Verbindung mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD

— Drucksachen 10/5973, 10/6048 —

13 Jahre Diktatur in Chile

und

den Antrag des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN in Verbindung mit dem Änderungsantrag des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

— Drucksachen 10/5987, 10/6054 —

Akute Hilfsmaßnahmen für bedrohte Oppositionelle in Chile

abzulehnen.

2. den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

— Drucksache 10/6039 —

Verschärfung der Lage in Chile

in folgender Fassung anzunehmen:

„Eingedenk der vielfältigen traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem chilenischen Volk verfolgt der Deutsche Bundestag mit zunehmender Sorge die jüngste Entwicklung in Chile. Der Deutsche Bundestag, der grundsätzlich und weltweit die strikte Achtung des Gewaltverbots und der Menschenrechte fordert, ist besonders beunruhigt über die Zuspitzung der Lage in Chile, wie sie in den letzten Monaten durch rechts- und linksextremistische Terrorakte, Attentate, die Verhängung des Belagerungszustandes und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregierung Pinochet gekennzeichnet ist. Der Deutsche Bundestag beklagt die Opfer der Gewalt und bekundet deren Angehörigen seine Solidarität.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Ansätze zu einem Dialog zwischen Regierung und demokratischer Opposition offensichtlich an der starren Haltung der chilenischen Regierung gescheitert sind, die einen geordneten baldigen Übergang zur Demokratie weiterhin ablehnt. Der Deutsche Bundestag hält die von einem breiten demokratischen Spektrum erarbeitete und am 8. September 1986 in einem Folgedokument fortgeschriebene Nationale Übereinkunft (Acuerdo Nacional) für eine gute Grundlage. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, an alle demokratischen Gruppierungen zu appellieren, sich, soweit dies noch nicht geschehen, den beiden Dokumenten anzuschließen und die chilenische Regierung zu drängen, die in der Nationalen Übereinkunft und im Folgedokument enthaltenen politischen Forderungen und Sofortmaßnahmen unverzüglich in die Tat umzusetzen, um eine weitere Eskalation der Gewalt und der politischen Radikalisierung zu verhindern. Die politischen Kräfte der Mitte, die in Chile eine bedeutende demokratische Tradition haben, dürfen nicht zerrieben werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit ihren europäischen und nordamerikanischen Verbündeten auf die chilenische Regierung einzuwirken,

— daß der Belagerungszustand aufgehoben und die Menschen- und Bürgerrechte voll wiederhergestellt und daß alle Gefangenen, die ausschließlich aus politischen Gründen inhaftiert sind, freigelassen werden,

— daß die demokratischen Grundrechte in Chile wiederhergestellt werden,

- daß auf der Grundlage der Nationalen Übereinkunft und ihres Folgedokuments unverzüglich Verhandlungen mit allen demokratischen Kräften eingeleitet werden, mit dem Ziel, so schnell wie möglich freie und geheime Wahlen durchzuführen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt die einstimmig angenommene Resolution CL/139/4 der Interparlamentarischen Union vom 6. Oktober 1986, die Unterstützung für die Wiedereinsetzung repräsentativer Institutionen äußert und zu diesem Zweck u. a. die Entsendung von Parlamentarierdelegationen nach Chile anregt.

Der Deutsche Bundestag versichert dem chilenischen Volk, daß ein freiheitlich-demokratisches Chile mit der Freundschaft und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann.“

Bonn, den 13. November 1986

#### **Der Auswärtige Ausschuß**

<b>Dr. Stercken</b>	<b>Lamers</b>	<b>Brück</b>	<b>Schäfer (Mainz)</b>	<b>Volmer</b>
Vorsitzender	Berichterstatter			

**Bericht der Abgeordneten Lamers, Brück, Schäfer (Mainz) und Volmer**

Der Antrag — Drucksache 10/5973; geändert durch Drucksache 10/6048 — wurde dem Deutschen Bundestag am 4. bzw. am 23. September 1986 zugeleitet, der Antrag — Drucksache 10/5987; geändert durch Drucksache 10/6054 — am 10. bzw. am 24. September 1986. Der Antrag — Drucksache 10/6039 — folgte am 23. September 1986.

Alle Anträge, einschließlich der Änderungsanträge, wurden in der 232. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 1986 gemeinsam diskutiert und an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß beriet die Vorlagen, welche die Lage in Chile zu berücksichtigen versuchen, in seiner 79. Sitzung am 12. November 1986. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen lehnte er die Anträge auf den Drucksachen 10/5973 und 10/5987 in Verbindung mit den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 10/6048 und 10/6054 ab. Er beschloß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, den Antrag auf Drucksache 10/6039 in der o. a. Fassung (s. Beschlußempfehlung) anzunehmen.

Bonn, den 13. November 1986

**Lamers      Brück      Schäfer (Mainz)      Volmer**  
Berichterstatter